

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
20.02.2014	19.15 Uhr	22.47 Uhr	Evangelische Kirchengemeinde Horn, Gemein- desaal

TEILNEHMER

ORTSAMT

: Ullrich Höft, Vorsitzender
Jessica Jagusch, Protokollführer

BEIRAT/AUSSCHÜSSE : siehe anliegende Liste

GÄSTE

: Anne Lüking, Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Ge-
sundheit, Referat 14 (zu TOP 4)
Ralf Möller sowie Karsten Schmidt, Umweltbetrieb Bremen
(zu TOP 4)
Susanne Helm, stellv. Schulleitung der Wilhelm-Focke-
Oberschule (zu TOP 4)
Schulleitungen der Schulen Philipp-Reis-Straße, Gymnasi-
um Horn und Ronzellenstraße (zu TOP 4)
Michael Wiatrek sowie Wilfried Schwarze (zu TOP 5)
Herr Feldmann, Polizeirevier Horn

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung der Protokolle vom 12. November 2013 und 9. Januar 2014
3. Beschlussfassung im Verfahren zur Neubesetzung der Ortsamtsleitung
4. Themenschwerpunkt Bildung:
 - Schulhofgestaltung Wilhelm-Focke-Oberschule
 - Gebäudesanierung am Schulstandort Grundschule Philipp-Reis-Straße
 - Schulanwahlen der Grundschulen und Oberschulen im Stadtteil
5. Themenschwerpunkt Sport:
 - Situation Uni-Bad sowie Horner Bad
6. Behandlung der Beschlussempfehlung aus dem Fachausschuss Soziales und Kul-
tur am 13.02.2014 zur Einrichtung einer Kindertagesbetreuung im Ortsamtsgebäu-
des Berckstraße 10 zur Herstellung des Einvernehmens gemäß § 11 Abs. 1 Orts-
gesetz über Beiräte und Ortsämter
7. Globalmittelanträge
 - Az.: 29/2013 – Kirchengemeinde St. Michaelis/St. Stephani (Solidaritätskon-
zert)
 - Az.: 01/2014 – Bremer Windsurfing Club e. V. (Förderung einer Baumaßnah-
me)
 - Az.: 02/2014 – Kirchengemeinde Horn (Druck einer Gedenkbroschüre)
 - Az.: 03/2014 – Freiwillige Feuerwehr Lehesterdeich (Anschaffung eines 1 Pro-
methean)
8. Anträge aus dem Beirat
9. Mitteilung des Ortsamtes
10. Verschiedenes

Die Beiratsmitglieder wurden mit Schreiben vom 6. Februar 2014 zur Sitzung eingeladen.

Zu TOP 1: Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung

Der Fraktionsvorsitzende der CDU möchte, dass der TOP 3 vertagt wird. Die Fraktionsvorsitzende der SPD erwidert, dass die inhaltliche Debatte bereits in der interfraktionellen Runde stattgefunden habe. An dem Sachverhalt wird sich nichts ändern. Herr Drechsel teilt die Argumentation der CDU-Fraktion. Für die neue Wahl der Ortsamtsleitung möchte er sich gerne mehr Zeit nehmen. Er plädiert dafür, die Stelle für die Ortsamtsleitung neu auszuschreiben und den nachfolgenden Tagesordnungspunkt zu streichen.

Der Vorsitzende erklärt darauf hin, dass das Urteil des Oberverwaltungsgerichts eine Neuausschreibung der Stelle nicht unbedingt vorsieht.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU betont, dass gemäß § 1 der Geschäftsordnung die Tagesordnung zur Einladung nicht mit dem stellvertretenden Beiratssprecher abgestimmt worden ist.

Beschluss: Die um den TOP -Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung- ergänzte Tagesordnung wird genehmigt. (mehrheitlich , 8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)

Zu TOP 2: Genehmigung der Protokolle vom 12. November 2013 und 9. Januar 2014

Beschluss: Die vorstehenden Protokolle werden genehmigt. (einstimmig)

Zu TOP 3: Beschlussfassung im Verfahren zur Neubesetzung der Ortsamtsleitung

Der Fraktionsvorsitzende der CDU teilt mit, dass das Oberverwaltungsgericht bemängelt hat, dass der Beirat die Bewerber nicht nach den Kriterien des Beamtenstatusgesetzes beurteilt hat. Er moniert, dass seitens der Senatskanzlei keine Personalakten mit den entsprechenden Beurteilungen vorgelegt worden seien. Somit konnte sich der Beirat kein vollumfängliches Bild von den Bewerbern machen. Er plädiert für eine Neuausschreibung der Stelle, unter anderem deswegen, weil durch die Änderung im Beamtenstatusgesetz eine Beurlaubung nunmehr möglich ist. Aufgrund der neuen Möglichkeit würden sich ggf. neue potentielle Bewerber aufgerufen fühlen, sich zu bewerben. Zwar kann die gewählte Kandidatin gegen eine Neuausschreibung klagen, diese Möglichkeit hätten aber auch aus seiner Sicht die übrigen Bewerber. Der Beirat möchte die bestmögliche Ortsamtsleitung aus den Kandidaten wählen.

Herr Dechsel liest den Dringlichkeitsantrag¹ der FDP vor. Aus seiner Sicht wäre eine Wahlwiederholung und somit ein Abschluss der Ortsamtsleiterwahl in zwei Monaten möglich. Für eine Neuausschreibung der ausgeschriebenen Stelle spricht, dass man grundsätzlich neu „anfangen“ könnte und nicht mehr alle Bewerber zur Verfügung stehen.

Herr Steglich findet die derzeitige Situation untragbar. Er möchte keine weitere Verzögerung. Gleichzeitig fordert er, dass die Senatskanzlei eine Verfahrensregelung/Handreichung dem Beirat zur Verfügung stellt.

Die Fraktionsvorsitzende der SPD betont, dass die Wahl der Ortsamtsleitung demokratisch erfolgt ist. Sie teilt nicht die Meinung, dass nunmehr nicht mehr genügend Bewerber zur Verfügung stehen werden. Es gab eine sehr gute Bewerberlage und aus denen man vier Bewerber herausgefiltert hat. Aus ihrer Sicht wurden alle Bewerbungsunterlagen zur Einsicht genommen.

¹ Siehe Anlage (K1)

Sie fordert einen rechtsfähigen Zustand. Herr Mäschtig betont, dass der Beirat eine autonome Entscheidung getroffen hat. Gleichzeitig beantragt er die Begrenzung der Redezeit auf 10 Minuten. Herr Koppel betont, dass er nach besten Wissen und Gewissen gehandelt hat. Der ehemalige stellvertretende Ortsamtsleiter kann sich nicht mehr bewerben, da er sich erfolgreich auf eine ausgeschriebene Stelle beim Stadtamt beworben hat. Dem Verfahrensvorschlag der Senatskanzlei kommt er nach.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU fordert statt einem schnellen, ein gründliches Verfahren. Nicht alle Personalakten konnten eingesehen werden. Aus seiner Sicht wäre der rechtsichere Weg eine Neuausschreibung. Die Senatskanzlei hat schwerwiegende Verfahrensfehler bei der Besetzung der Ortsamtsleitung gemacht. Herr Drechsel möchte gerne das Stimmungsbild der Bürger mit in die Entscheidung einbeziehen, vielleicht in einer außerordentlichen Sitzung. Vielleicht sollte das Verfahren erst einmal zurückgenommen werden und ausführlich diskutiert. Die Beiratssprecherin betont, dass die Mehrheit des Beirates den Verfahrensvorschlag der Senatskanzlei annimmt.

Nach dem Abschluss der Diskussion wird wie folgt abgestimmt:

- Dringlichkeitsantrag der FDP

Beschluss: Dem Dringlichkeitsantrag wird nicht stattgegeben. (**mehrheitlich** angenommen, 8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)

- Verfahrensvorschlag der Senatskanzlei

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe hebt seinen Wahlbeschluss vom 13. Juni 2013 über die Stellenbesetzung der Ortsamtsleitung des Ortes Horn-Lehe auf. Er bittet die Senatskanzlei, das Stellenbesetzungsverfahren auf der Grundlage des Beschlusses des Oberverwaltungsgerichts Bremen vom 9. Januar 2014 fortzusetzen und dem Beirat eine Verfahrensregelung zur Durchführung des Besetzungsverfahrens vorzulegen. (**mehrheitlich** angenommen, 8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)

- Regulierung der Redezeit von 10 min. für die Antragssteller und für die übrigen Beiratsmitglieder jeweils 3 min.

Beschluss: Dem Antrag zur Geschäftsordnung zur Reduzierung der Redezeit wird stattgegeben. (**mehrheitlich** angenommen, 8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)

Zu TOP 4: Themenschwerpunkt Bildung:

- Schulhofgestaltung Wilhelm-Focke-Oberschule

Die Vertreter von Umweltbetrieb Bremen stellen die Neugestaltung des Schulhofes an der Wilhelm-Focke-Oberschule vor. Der derzeitige Schulhof bietet keine Aufenthaltsqualität und strahlt einen trostlosen Gesamteindruck aus. Ein Teil der Fläche ist unter anderem wegen Baumwuchs stark beschädigt. Außerdem ist das derzeitige Kanalsystem sanierungsbedürftig und muss aufgrund der starken Beschädigung komplett erneuert werden.

Nach der Feststellung des Ist-Zustandes ging es in die weitere Planung mit den Schulgremium, Schulleitung, Eltern- und Schülervertretern, Behördenvertretern und Planern. Eine Prioritätenliste wurde erstellt und die Planung in zwei Bauabschnitte unterteilt. Der erste Bauabschnitt wird finanziert durch die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit sowie Immobilien Bremen. Für den zweiten Bauabschnitt in 2015 ist die Finanzierung noch nicht sichergestellt. Aufgrund der Feuerwehrzufahrt ist eine gepflasterte Fläche weiterhin notwendig. Aber entsprechende Grünflächen sollen dennoch angelegt werden. Eine Baumfällung von vier geschützten

Bäumen ist unabdingbar. Deren Wurzelballen befindet sich in der Pflasterung. Nach der Neuanlage der Pflasterung ist die Verkehrssicherheit der Bäume nicht mehr gegeben. Das dortige Kanalsystem ist durch den Wurzelwuchs extrem beschädigt. Auf dem Gelände sind aber sechs Ersatzpflanzungen auf einer kleinen Grünfläche vorgesehen und bietet somit den Bäumen bessere Lebensbedingungen. Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass von den vier geschützten Bäumen, ein Baum sowieso abgängig ist. Herr Mäschtig fragt nach, ob der Hausmeister der Schule in die Planung der Schulhofgestaltung mit involviert worden ist. Der Hausmeister wurde in die Planungen miteinbezogen. Man habe darauf geachtet, dass die neue Pflasterung pflegeleicht ist. Derzeit sind Stolperkanten vorhanden, die durch die neue Pflasterung wegfallen würden. Herr Mazur befürwortet die gestalterische Umsetzung und fragt explizit nach der Meinung der Schulleitung. Eine phantasievolle Gestaltung war auf dem Gelände nicht möglich. Erst der Kompromissentwurf entspricht den Vorstellungen. Die Schulleitung befürwortet eine schnellstmögliche Umsetzung. Die Kanalsanierung läuft während dessen.

Beschluss: Der vorgestellten Planung zur Umgestaltung des Schulhofes an der Wilhelm-Focke-Oberschule wird zugestimmt. **(einstimmig)**

- Gebäudesanierung des Gymnasiums Horn

Der Standort soll für 13 Millionen saniert werden. Für den Eingangsbereich, Mensa und Küche kommt allein von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft 600.000,00 €. Die Sanierung wird in 5. Bauabschnitte unterteilt. Während den Osterferien werden die Fenster ausgetauscht. Auch für die weiteren Umbaumaßnahmen wurden bereits Aufträge an Handwerksunternehmen vergeben. Es wird mit einer Fertigstellung der gesamten Sanierungsmaßnahme Ende 2016 gerechnet. Der Fraktionsvorsitzende der CDU fragt nach, wie die gesamte Finanzierung sichergestellt ist. Aus dem Senatsbauprogramm wird die Finanzierungslücke bestritten. Auf Nachfrage der Beiratssprecherin bezüglich Baulärms während der Abiturphase wird erwidert, dass man versuchen wird, dass es zu keinen Einschränkungen kommt. Dies sei auch mit dem Bauunternehmen vereinbart worden.

- Bauplanung am Schulstandort Grundschule Philipp-Reis-Straße

Die Schulleitung teilt mit, dass die Ressorts Bildung und Soziales ein gemeinsames Kooperationsprojekt planen, um gemeinsam einen Hort an diesem Standort zu etablieren. Unter anderem werden hierfür die Räumlichkeiten der Grundschule benutzt. Die Grundschule hat aber auch die Möglichkeit, den Werkraum im Gebäude des Hortes am Vormittag in Anspruch zu nehmen. Damit dieses Kooperationsprojekt starten kann, müssen eine Küche sowie ein Essraum geschaffen werden. Die Kosten hierfür werden auf 860.000,00 € beziffert. Die Ausbauküche wird an die Aula angeschlossen und ist somit wieder als Mensa nutzbar. Die Detailplanungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Zwischen der Grundschule und dem Hort muss eine Kooperationsvereinbarung geschlossen werden. Im Mai soll dann diese Vereinbarung zwecks Entscheidung in die Deputation. Herr Mazur befürwortet dieses zukunftsfähige Kooperationsprojekt. Auch ist positiv anzumerken, dass der Beirat in diesem Entscheidungsprozess eng involviert gewesen ist. Herr Drechsel fragt nach den weiteren Plänen der Grundschule. Seitens des Bildungsressorts stehen die Ganztagschulen bis 2016 fest. Der Antrag auf offene Ganztagschule wird aber weiterhin aufrecht gehalten.

- Schulanwahlen der Grundschulen und Oberschulen im Stadtteil

Schule an der Philipp-Reis-Straße:

Die Schulleitung teilt mit, dass es auffällig sei, dass es vermehrt Anträge gibt, wo die Kinder in der Nähe der Schule wohnen, aber einer anderen Schule zugeteilt worden sind.

Schule an der Ronzelenstraße:

Die Schulleitung teilt mit, dass die Schule überangewählt worden ist. Für den Bereich Sport muss ein Losverfahren durchgeführt werden.

Marie-Curie-Schule:

Die vorhandene Kapazität wird ausgenutzt. Die Schulleitung berichtet, dass Mitte Juni ein weiterer Klassenverband eingerichtet wird, um Sprachkurse für die Forschungsmitarbeiter an der Universität anzubieten.

Die Schulleitung der Philipp-Reis-Straße fragt nach, an welche der Schulen das neue Baugebiet „Mühlenviertel“ angebunden wird. Die Schulleitung sieht es als problematisch an weitere Kinder aufzunehmen, da die derzeitige Klassenfrequenz ausgereizt ist und bei Aufnahme weiterer Kinder ein Überhang da ist. Die Schulleitung beantragt einen weiteren Klassenverband, damit eine Entlastung eintritt. Die Behördenvertreterin erwidert, dass das neue Baugebiet voraussichtlich der Marie-Curie-Schule zuordnet wird. Falls dort die Klassenfrequenz nicht ausreichen sollte, wird dann nachgebessert.

Die Beiratssprecherin erwidert, dass bei Vorlage der vollständigen Anmeldezahlen diese Thematik in der Fachausschusssitzung behandelt wird. Herr Mazur betont, dass durch den demografischen Wandel es weiterhin einen erhöhten Bedarf geben wird.

Der Beirat bedankt sich bei den Behörden- sowie Schulvertretungen für den Informationsaustausch.

Zu TOP 5: Themenschwerpunkt Sport

- Situation Uni-Bad sowie Horner Bad

Der Behördenvertreter teilt mit, dass im Sanierungsgutachten eine Finanzierungssumme von 18 Mio. festgelegt worden ist. Aufgrund dessen wird bis Juni 2014 mit allen Beteiligten an einem wirtschaftlich sinnvollen Zukunftskonzept gearbeitet. Auch wird ein Nutzungskonzept erstellt, um den Schul- und Vereinssport auf andere Standorte um zu verlagern. Dafür müssen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes die einzelnen Bedarfe festgestellt werden. Herr Drechsel fragt nach, ob die quantitativen und qualitativen Zuwächse auch berücksichtigt werden und wie man genau die Bedarfsgruppen erfassen möchte? Der Behördenvertreter erwidert, dass eine Gesamtmarktanalyse erstellt worden ist. Nachträglich wird durch den Vorsitzenden des Landesschwimmverbandes betont, dass ein Planungskonzept sich in Vorbereitung befindet. Hierzu wurden der Förderverein, Architekten sowie eine holländische Firmengruppe miteinbezogen. Auch würden 10 Mio. für eine Sanierung nicht ausreichen. Zusätzlich würden bei einem Neubau Abrisskosten, die durch die Universität getragen werden müssten, anfallen. Wünschenswert wäre eine Alternativlösung im Stadtteil, in der Nähe der Universität.

Ein Bürger kann sich den Sanierungsstau von 18 Mio. nicht vorstellen. Er befürchtet ein politisch motiviertes Gutachten. Dies wird verneint. Alle Alternativen wurden geprüft und das Gutachten sei auf der Homepage des Fördervereins einsehbar. Der Ortsamtsleiter aus Oberneuland fragt kritisch nach, wie es zu einem Sanierungsstau am Uni-Bad kommen konnte. Auch befürwortet er weiter den Erhalt einer 50 m-Bahn. Für das Uni-Bad wurden aufgrund der mangelnden Bauunterhaltszuwendungen keine Rückstellungen gebildet. Die Universität benötigt das Bad nicht mehr. In die Planung wird auch eine 50 m-Bahn miteinbezogen. Der Vertreter des Fördervereins Uni-Bad findet, dass in der Marktanalyse auf die Ortsteile Borgfeld und Horn nicht vollumfänglich eingegangen worden ist. Er fordert, dass an dem derzeitigen Standort weiter das Bad Aufrecht gehalten wird und Instandhaltungen fortgeführt werden sollen. Nach seinem Kenntnisstand sind weiterhin 25 Schulen daran interessiert im Uni-Bad den Schulsport zu betreiben. Gleichzeitig wird die Frage gestellt, warum es Bremerhaven geschafft hat, sein Bad mit

der 50m Bahn zu renovieren und zu sanieren. Bremerhaven stehen pro Einwohner 50,00 € an Sanierungsmitteln zur Verfügung. In Bremen nur 25,00 € pro Einwohner. Für die Sanierung von drei Bädern stehen derzeit 12 Mio. € zur Verfügung. Als Haushaltsnotlageland können haushaltsrechtlich keine Rücklagen gebildet werden. Aus Behördensicht würden Sportler auch einen weiteren Weg für Wettkämpfe etc. auf sich nehmen. Herr Mazur fordert eine gut zu erreichende Schwimmhalle im Ortsteil. Herr Quaß kritisiert, dass eine Schließung des Uni-Bades bereits jetzt feststeht. Das Ergebnis wird trotz der Arbeit des Runden Tisches vorweggenommen. Im Juni 2011 beliefen sich die Sanierungskosten nur auf € 6,8 Mio. In drei Jahren haben sich die Sanierungskosten auf das Dreifache erhöht. Aus seiner Sicht ist ein Kombi-Bad keine Alternative. Auf Nachfrage von Herrn Drechsel wird bestätigt, dass die Daten im Hinblick auf den demographischen Wandel angepasst werden müssen.

Nach Beendigung der Diskussion wird über folgende Anträge abgestimmt:

Antrag der CDU-Fraktion

Der Beirat Horn-Lehe möge beschließen:

Das Sportbad Universität ist mit seinen 50-Meter-Bahnen für den Schwimmsport im Lande Bremen von herausragender Bedeutung. Darüber hinaus erfreut es sich weit über die Stadtteilgrenzen hinweg einer großen Beliebtheit in der Bevölkerung. Auch für den Schulsport erfüllt das Bad seit vielen Jahren eine unverzichtbare Funktion. Gerade unter dem Gesundheitsaspekt ist diese Schwimmstätte deshalb nicht nur für den Sport, sondern auch für die Allgemeinheit von unschätzbarem Wert.

In den vergangenen 36 Jahren wurde es versäumt, grundlegende Investitionen in die Wartung und Instandsetzung dieser Schwimmsporthalle zu tätigen. Hätte es regelmäßige Wartungen und

Instandsetzungen gegeben, wäre der aktuell zu beklagende Sanierungsstau gar nicht erst entstanden. Die Hauptverantwortung für dieses Versäumnis trägt der Bremer Senat, der die Universität trotz der zwischenzeitlich vollzogenen Abschaffung des Studiengangs Sport mit der Finanzierung des Bades bis heute im Wesentlichen allein gelassen hat.

Der Senatsbeschluss vom 14. Januar 2014, unter Hinweis auf die Ergebnisse der Studie „Sanierung Sportbad Uni“ vom 03.10.2013 auf eine Sanierung des Unibades zu verzichten, ist vor diesem Hintergrund absolut inakzeptabel. Die Konsequenz aus der darin vorgenommenen Einschätzung, dass das Gesamtvolumen einer Sanierung angeblich 18 Mio. Euro beträgt, kann keinesfalls die sein, das Bad einfach aufzugeben. Vielmehr muss es jetzt darum gehen, die Finanzierungslücke zwischen den vom Senat bereits im Mai 2013 zugesagten Investitionsmitteln in Höhe von 10 Mio. Euro und dem effektiv erforderlichen Investitionsvolumen so zu schließen, dass das Bad dauerhaft weiterbetrieben werden kann. Das öffentliche Interesse am Erhalt des Bades ist riesengroß, wie erst die kürzlich erfolgte Gründung eines Fördervereins und die über dreitausendfache Unterstützung der aktuellen Bürgerpetition „Erhalt des Unibades“ eindrucksvoll belegen.

Der Bremer Senat wird daher aufgefordert, sich für den Erhalt des Unibades einzusetzen und unter Einbeziehung des Fördervereins zum Erhalt

Beschluss: Abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Beirat möge beschließen:

1. Der Beirat Horn-Lehe bekräftigt mit diesem Beschluss seine in der Vergangenheit gefassten Beschlüsse, dass neben den anderen Regionen der Stadt auch der Bremer Nordosten einen Anspruch auf eine in der Region gut erreichbare Schwimmhalle hat.
2. Deshalb unterstützt der Beirat den vom Innen- und Sportsenator eingeleiteten Prozess, am Runden Tisch eine für Schulen sowie Freizeit- und Vereinssportler akzeptable Lösung zu finden.
3. Bei der Suche nach einem ggf. notwendigen alternativen Standort empfiehlt der Beirat, auch das Horner Bad in die Überlegungen einzubeziehen.
4. Der Beirat fordert den Senator für Sport auf, entwickelte Modelle dem Beirat zeitnah vorzustellen und mit dem Beirat öffentlich zu diskutieren.

Beschluss: Mehrheitlich angenommen bei 8 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen

- Horner Bad

Derzeit drückt das Grundwasser gegen das Becken. Die damaligen kostengünstigeren Reparaturen haben nur vorübergehend Abhilfe geschaffen. Das Ressort beziffert die Reparaturen bei 2,1 Mio. €. Herr Quaß betont, dass er sehr froh darüber sei, dass das Horner Bad noch heute existiere. Die kostengünstigere Reparatur hat damals zum Erhalt des Bades geführt. Er vermutet hinter den hohen Sanierungskosten taktische Gründe. Herr Mäschtig wünscht sich eine vernünftige Lösung, da es sich bei den entstehenden Aufwendungen auch um Steuergelder handeln würde.

Der Beirat bedankt sich beim Senator sowie den Behördenvertretern für deren Ausführungen.

Geschäftsordnungsantrag

Beschluss:

Der Beirat möge darüber beschließen, ob die Behandlung der übrigen Tagesordnungspunkte noch über 22.00 Uhr erfolgen soll.

(Mehrheitlich angenommen bei 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Zu TOP 6: Behandlung der Beschlussempfehlung aus dem Fachausschuss Soziales und Kultur am 13.02.2014 zur Einrichtung einer Kindertagesbetreuung im Ortsamtsgebäude Berckstraße 10 zur Herstellung des Einvernehmens gemäß § 11 Abs. 1 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter

Der Fraktionsvorsitzende der CDU erklärt, dass der Betreuungsbedarf in Horn-Lehe nicht in Abrede gestellt wird. Von seiner Seite aus wird befürchtet, dass sich der Grundstücksverkauf an Investoren somit noch weiter verzögern wird. Herr Mäschtig erwidert, dass alle noch offenen Fragen in der vorangegangenen Fachausschusssitzung durch die Senatorin beantwortet worden sind. Für ihn war es wichtig, dass die Senatorin die politische Verantwortung für eventuell entstehende Schädigungen aus dem Schimmelbefall heraus übernimmt. Die Beiratssprecherin

befürwortet die derzeitige Lösung. In der Fachausschusssitzung wurden ihre Zweifel ausgeräumt. Nach dem Umbau/Ausbau des Kinder- und Familienzentrums Fritz-Gansberg-Straße können die Kinder aus der Berckstraße nach Ablauf der zwei Jahren dort aufgenommen werden. Herr Mazur bedauert die Übergangslösung. Aber ihm ist die Wichtigkeit überaus bewusst und die Politik ist nunmehr gefordert, den Rechtsanspruch der Eltern sicherzustellen.

Beschlussempfehlung des Fachausschusses Soziales und Kultur am 13. Februar 2014:

Beschluss: Der Beirat stimmt der Variante 1 (Herrichtung des Bestandsgebäude an der Berckstraße in eine Kindertageseinrichtung für 80 Kinder U3- und Ü3-Kinder als Zwischenlösung für maximal 23 Monate zu. (**mehrheitlich** bei 9 JA-Stimmen, 3 NEIN-Stimmen)

Zu TOP 7: Globalmittelanträge

- Az.: 29/2013 – Kirchengemeinde St. Michaelis/St. Stephani (Solidaritätskonzert)

Beschluss: Abgelehnt bei 3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

- Az.: 01/2014 – Bremer Windsurfing Club e. V. (Förderung einer Baumaßnahme)

Der Antrag ist aufgrund fehlender Unterlagen noch nicht prüffähig. Der Antrag wird vertagt.

- Az.: 02/2014 – Kirchengemeinde Horn (Druck einer Gedenkbroschüre)

Beschluss: Einstimmig angenommen bei 7 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

- Az.: 03/2014 – Freiwillige Feuerwehr Lehesterdeich (Anschaffung eines Promethean)

Die anwesende Jugendfeuerwehr erklärt den Antrag.

Beschluss: Einstimmige angenommen bei 7 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

- Az.: 04/2014 – Ev. Andreas-Gemeinde (Zuwendung zum 1. Bauabschnitt Andreasgarten)

Es folgt eine ausführliche Diskussion. Seitens der CDU-Fraktion wird eine geringere Zuwendung für die Finanzierung des ersten Bauabschnittes befürwortet. Auch wird die Finanzierung des Gesamtkonzepts in Frage gestellt. Die Beiratssprecherin erwidert, dass das Konzept „Generationsgarten“ in der kommenden Fachausschusssitzung „Soziales und Kultur“ vorgestellt wird. Die Fällung der Bäume ist für den 28. Februar 2014 vorgesehen.

Beschluss: Mehrheitlich angenommen bei 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

Zu TOP 8: Anträge aus dem Beirat

Anträge der SPD-Fraktion:

1. Arbeit der Beiräte optimieren

Der zeitliche Aufwand für die ehrenamtlich tätigen Beiratsmitglieder hat sich in den vergangenen Jahren stetig erhöht. Dies resultiert u. a. aus der positiven Entwicklung der erhöhten Anhörungs- und Beteiligungsrechte der Beiräte sowie der Möglichkeit der schnellen und kostengüns-

tigen Onlinekommunikation. Im Verlauf dieser Entwicklung ist zu erkennen, dass besonders baurechtliche Abstimmungen und Stellungnahmen in steigender Zahl kurzfristig von den Beiratsmitgliedern und sachkundigen Bürger/-innen angefordert und per E-Mail abgefragt werden. Dies widerspricht jedoch dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter und kann zudem nicht als demokratischer Abstimmungsprozess angesehen werden, da eine inhaltliche Diskussion nicht oder nur schwer stattfindet und nicht alle Ausschuss- oder Beiratsmitglieder so eingebunden sind, wie sie es bei einem regulären Sitzungstermin wären. Aus diesem Grund ist eine Klärung der Vorgehensweise und Verständigung auf den zukünftigen Ablauf notwendig.

Die SPD-Fraktion macht hierzu folgende Vorschläge zur Beschlussfassung:

1. Einrichtung einer digitalen Möglichkeit (z. B. Forum, Cloud-Computing) für die Beiratsmitglieder sowie die Einrichtung einer passwortgeschützten Website für die Beiratsmitglieder und Mitarbeiterinnen des Ortsamtes. Dort sollen alle Dokumente (Einladungen, Anträge, Protokolle) oder Verknüpfungen, die bisher per E-Mail verschickt werden, eingestellt werden, um so das E-Mail-Aufkommen zu verringern und eine geordnete und übersichtliche Oberfläche zu bieten. Datenschutzrechtlich dürfte dies kein erheblicheres Problem als das bisherige Vorgehen per E-Mail darstellen. Optional sollte eine automatische E-Mailbenachrichtigung über neu eingestellte Dokumente einstellbar sein, sofern dies die/der einzelne User/-in auswählt.
2. Onlineabstimmungen sind weiterhin die Ausnahme und nicht die Regel. Sollte eine Entscheidung zwingend noch vor der nächsten geplanten Ausschuss- oder Beiratssitzung getroffen werden müssen, und erscheint die Einberufung einer zusätzlichen Sitzung als dem Anlass nicht angemessen bzw. nicht möglich, ist eine Onlineabstimmung möglich wenn
 - a) alle Beirats- oder Ausschussmitglieder 72 Stunden Zeit zur Kenntnisnahme und Rückmeldung haben und
 - b) das entsprechend §15 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter notwendige Mindestmaß an Ausschuss- oder Beiratsmitgliedern, also die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder, zugestimmt, abgelehnt oder sich enthalten hat.
3. Dieser Beschluss kann lediglich eine von der Beirätekonferenz gemeinsam getragene Verfahrensweise darstellen.
4. Zur rechtlichen Absicherung wird eine entsprechende Ergänzung im Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter gefordert.
5. Die Senatskanzlei wird gebeten sicherzustellen, dass die technischen Möglichkeiten und administrativen Kompetenzen auf der Ebene der Ortsämter bereitgehalten werden.

Beschluss: Einstimmig angenommen bei 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

2. Personalstärke im Horner Polizeirevier absichern

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senator für Inneres und Sport auf, das Polizeirevier Horn personell so auszustatten, dass die Personalstärke vergleichbarer Reviere entspricht und dadurch auch in unserer Region die notwendigen Sicherheitsstandards erreicht werden.

Begründung:

- Das Horner Polizeirevier hat eine personelle Stärke, die nach unseren Informationen unterdurchschnittlich ist – im Durchschnitt sind es in den anderen Revieren 21 bis 22 Beamte.
- Legt man die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner und die Fläche für Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld zugrunde, ist die Dienststelle nach dem Zusammenschluss der Polizeireviere Walle und Findorff das zweitgrößte Revier in Bremen.
- Die Erreichung von Einsatzstellen innerhalb von acht Minuten ist sicherzustellen.
- Wesentlich scheint uns, dass bei der Größe und Ausdehnung der örtlichen Zuständigkeit unseres Polizeireviere zumindest ein teilweise integrierter Einsatzdienst orts- und milieukundiger Beamten mit einem Funkstreifenwagen aufrecht gehalten werden kann.
- Da das Kontingent der dafür infrage kommenden Beamten so reduziert wird, dass der Funkstreifendienst des Reviers unter Umständen zeitweise eingestellt werden muss, befürchten wir eine nicht akzeptable Reduzierung des Grads Sicherheit in unserer Region.

Der Leiter des Polizeireviere erklärt, dass die derzeitigen personellen Fehlstellen wieder besetzt werden. Die Gesamtpersonalzahl wird aber so bleiben. Ein flexibler Einsatz der Beamten ist somit nicht gegeben.

Beschluss: Einstimmig angenommen bei 9 JA-Stimmen

Zu TOP 9: Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

Die Elternvertreterin der Oberschule Ronzelenstraße trägt ihr Anliegen vor. Sie moniert, dass die durch die Baustelle verursachten Schlaglöcher bislang nicht ausgebessert worden sind. Auch fragt sie nach dem Sachstand der „Querungshilfe“ am Wendehammer. Verweis an den FA „Umweltschutz und Verkehr“

Die stellvertretende Vorsitzende des Bürgervereins stellt ihren Antrag zum Erhalt des Kulturraums sowie Bürgervereins im Ortsamtsgebäude Berckstraße vor. Verweis an den FA „Soziales und Kultur“

Zu TOP 10: Mitteilungen des Ortsamtes ./.

Zu TOP 11: Verschiedenes ./.

Ullrich Höft
- Vorsitzender -

Catharina Hanke
- Beiratssprecherin -

Jessica Jagusch
- Protokollführerin -